DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 1999

VVN-BdA für doppelte Staatsbürgerschaft

Wenn diese Ausgabe des BAFs erscheint, ist die "Volksbefragungs" -Unterschriftenaktion der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft angelaufen. Trotz massiver Kritik aus den eigenen Reihen haben Schäuble und Stoiber zum Großangriff gegen die Pläne der rotgrünen Bundesregierung zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts geblasen.

Demagogisch behaupten sie, diese Pläne seien geeignet, "kurdisches Gewaltpotential nach Deutschland zu importieren, die Abschiebung ausländischer Straftäter wesentlich zu erschweren" und dadurch die "Sicherheitslage in Deutschland höher zu gefährden als bei der RAF der 70er und 80er Jahre."

Was besagt die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wirklich?
Das seit 1913 geltende "Abstammungsrecht" wonach deutscher Staatsbürger nur ist, wer einen deutschen Elternteil hat, soll endlich durch das "Territorialrecht" ersetzt werden. Kinder erhalten nach diesem Recht die Staatsangehörigkeit des Geburtslandes, unabhängig von der Nationalität ihrer Eltern. In der Bundesrepublik sollen Neugeborene künftig automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren wurde oder vor dem 14. Lebensjahr eingewandert ist. In den meisten Nachbarländern ist dieses Prinzip und damit die doppelte Staatsbürgerschaft längst Normalität.

Im Weser-Kurier vom 10.01. sagt Arn Stromeyer in diesem Zusammenhang: "Das noch geltende Staatsbürgerschaftsrecht atmet den Geist von Vorgestern, es ist ohne völkerrechtliche Grundlage und paßt nicht in das Europa von heute, in dem Migration und Mobilität selbstverständlich sind." Recht hat er, nur sind sie eben in der Bundesrepublik noch nicht selbstverständlich, das beweist die CDU/CSU-Kampagne, die im Kern übelste Volksverhetzung und Ausländerfeindlichkeit darstellt und genau deshalb auch die wärmste Unterstützung der neonazistischen Parteien NPD, DVU und Republikaner und natürlich des Herrn Borttscheller, seines Zeichens Innensenator Bremens, erhält.

Das bisherige - auf völkischer Abstammung beruhende - Staatsangehörigkeitsrecht ist ein Vehikel aus der Kaiserzeit. Es diente schon den braunen Machthabern als Instrument für Ausgrenzung und Kriminalisierung von allem "Undeutschen". Das Beharren auf diesem Recht ist mit einer antifaschistischen Grundhaltung unvereinbar. Die VVN-BdA, Landesverband Bremen, unterstützt deshalb uneingeschränkt das Reformvorhaben der rotgrünen Koalition.

Der Landesvorstand

Gedenkveranstaltung

Am SONNTAG, dem 07. FEBRUAR 1999, findet **um 11:00 Uhr** auf dem **WALLER FRIEDHOF**(Haupteingang) unsere alljährliche Gedenkveranstaltung zur Bremer Räterepublik statt. Vor 80 Jahren wurde der Versuch des Arbeiter- und Soldatenrates eine freien Republik zur installieren, blutig niedergeschlagen.

Es sprechen voraussichtlich:
Detlev Albers (SPD-Landesvorsitzender),
Hermann Gautier (ehem. KPD-Bürgerschaftsabgeordneter, stellvertretender Kreisvorsitzende Reichsbund Bremen),
Uwe Neuhaus (Betriebsrat DASA)

Durch die Veranstaltung führt **Willy Hundertmark** (Ehrenvorsitzender VVN-BdA Bremen).

Sie wird musikalisch begleitet vom **Buchtstraßenchor** unter Leitung von **Martin Lugenwiel**.

Im Anschluß ist wieder Gelegenheit zu Gesprächen in den Räumen der DGB-Jugend im WESTEND, Waller Heerstraße 294, bei Kaffee und Tee.

Zu dieser Veranstaltung rufen auf:
AG Junger GenossInnen in der PDS Bremen, Allgemeiner StudentenInnen Ausschuß der Universität Bremen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Arbeitskreis Verfolgter Sozialdemokraten, Bund Deutscher PfadfinderInnen, Bremer Jugendring, DGB - Jugend Bremen, Deutscher Gewerkschafts Bund - Kreis Bremen, Deutsche Kommunistische Partei - Bezirk Land Bremen, GesamtschülerInnenvertretung, Jugendausschuß IG-Metall, Jungsozialisten in der SPD - Bremen, Naturfreunde Jugend, PDS Bremen, SDAJ Bremen, Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken, Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Bremen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Landesverband Bremen

Auf ein Wort

Wir möchten allen Lesern unseres BAFs den Auszug aus dem Gastkommentar von Dr. Hermann Kuhn (Fraktion der Grünen und Vizepräsident der Bremer Bürgerschaft) im Weser-Report vom 03.01.1999 nicht vorenthalten:

" Politische Wünsche für das kommende Jahr? Die entscheidenden Dinge: (...) daß in unserer Stadt Solidarität, Toleranz, Zivilcourage (...) weiterhin in Ansehen stehen und gemehrt werden. (...) Wir sind verpflichtet, unseren Kindern und Enkeln die Chance eines eigenen Lebensweges zu geben und ihnen eine Umwelt, eine Stadt und ein Gemeinwesen zu hinterlassen, die lebenswert (...) sind.

Das wichtigste politische Ereignis des neuen Jahres wird die Bürgerschaftswahl im Juni sein. Ich wünsche uns, daß sehr viele BürgerInnen sich an dieser Wahl beteiligen, daß sie rechtsradikalen Demagogen und Brandstiftern keine Chance geben und, daß sie zwischen klaren Alternativen eine klare Entscheidung treffen. Der neuen Regierung Mut, Bescheidenheit und eine glückliche Hand für unser Land!"

Die deutsche Regierung im Banne des Wüstenfuchses?

Noch bevor die USA ihren Wüstenfuchs von der Leine ließen, um Saddam zu beißen, gab es schon Zeichen von Solidarität aus Deutschland für das Losschlagen. Geschlagen wurde das Volk. Die Opposition des Irak im In- als auch im Ausland wurde nicht gestärkt, sondern das Gegenteil traf ein. Als in der Nacht vom 16. zum 17.12.1998 die ersten Marschflugkörper in den Irak einfielen, tagte gerade der Sicherheitsrat der UN. Der Sicherheitsrat, erschrocken über das Geschehen, fühlte sich zu Recht verletzt.

So flimmerten die ersten Nachrichten von Korrespondenten aus aller Welt auf den Bildschirm. Schon in der ersten Nacht wurde klar, was wir erst am 19.12.1998 im WK lesen konnten: "Es war nicht Irak, der die Inspektoren vor den Luftangriffen auswies. Butler ordnete ihren Abzug an und erklärte hernach, sie könnten jederzeit ihre Arbeit wiederaufnehmen". Und weiter: "Kritiker des militärischen Vorgehens sehen bereits in dieser Frage den Beweis dafür erbracht, daß die Angriffe nicht geeignet sind, den Konflikt zu lösen, sondern die Probleme im Gegenteil nur verschärfen". Bekannt wurde in der ersten Nacht, daß Butler seinen Bericht in der US Botschaft in Bagdad mit der Botschaft ausgearbeitet hatte. Überschrift (WK 24.12.1998): "USA manipulierten Inspektion zur Rechtfertigung der Angriffe". Clinton war durch das Amtsenthebungsverfahren innenpolitisch angeschlagen und versuchte durch einen außenpolitischen Kraftakt seine politische Aufwertung zu erreichen. Alle diese Informationen waren aber schon am Morgen des 17.12.1998 bekannt.

Und so ist es nicht nachvollziehbar, wie die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme verharrt. Trotz klaren Verstoßes gegen das Völkerrecht wird Vasallentreue geschworen. WK 18.12.1998: Schröder betonte: "Unsere Solidarität mit unseren Bündnispartnern, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, steht außer Frage". - Auch für Verteidigungsminister R. Scharping ist Bagdad voll verantwortlich für den Schlag. SPD Fraktionschef P. Struck bezeichnete die Aktion als bedauerlich aber notwendig". Begreifbar ist die Haltung der BRD Regierung nur vor dem Hintergrund, die UN und den Sicherheitsrat von der internationalen Bühne zu verdrängen, wie es die USA schon seit längerem versuchen, um für sich selbst größeren außenpolitischen Spielraum zu verschaffen. Sollte dieses der Hintergrund für die Haltung der deutschen Regierung sein zur USA Politik?

Eine Erklärung zur Haltung der BRD Regierung ist fällig. Oder hat auch die deutsche Regierung eigene Interessen auf der "Suche nach einer neuen Strategie" der WEU?

Nach dem Motto (WK 14.05.1998): "Gestern habe die NATO die Grenzen vor militärischer Invasion geschützt. Das Bündnis von morgen müsse erweiterte Grenzen verteidigen und Bedrohungen unserer Sicherheit von jenseits der Grenzen begegnen". Es wäre der absolute Austritt aus der Friedenspolitik. Und das mit der neuen Regierung, auf die so viele Menschen neue Hoffnung bei der Wahl gesetzt haben.

Walter Federmann

Katalog des nationalsozialistischen Lagersystems

Kürzlich fiel mir ein Buch in die Hand, ein Nachdruck des ursprünglich im Juli 1949 vom Internationalen Suchdienst in Arolsen in kleiner Auflage als Behördenhandbuch erstellten "Katalogs nationalsozialistischer Lager und Haftstätten in Deutschland und den von Deutschen besetzten Ländern". Es ist die dritte Auflage eines Nachdrucks, herausgegeben für nur 35,-DM vom Verlag Zweitausendeins in Frankfurt/Main, ergänzt durch wertvolle Hinweise und Informationen. Auf über 1.300 Seiten wird das Lagersystem vor allem der Kriegsjahre erläutert, ein geographisches Verzeichnis samt Dokumentenanhang. Es lokalisiert über 6.000 Stätten der Zwangsarbeit und der Vernichtung. Verdienstvoll ist vor allem Martin Weinmanns alphabetisches Verzeichnis. Ursula Krause-Schmitt vom "Studienkreis Deutscher Widerstand" und Anne Kaiser haben das Lagersystem in einen zeitlichen Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung und der Deutschen Politik gestellt. Darüber hinaus hat Ursula Schmitt-Krause einen Einstieg in die Benutzung des Katalogs verfaßt.

Der Katalog entstand 1949/51 aufgrund von Nachfragen nach wesentlichen Informationen über KZ, Zwangsarbeiterlager, Gefängnisse, in denen Nichtdeutsche während Krieg und Besetzung inhaftiert waren, und enthält auch die Informationsquellen zu den Lagern. Unterschieden wird zwischen KZ, Sonderlagern und Gefängnissen. Gefängnis hießen in den besetzten Gebieten auch Durchgangslager für Zwangsarbeiter, Haftlager für Kontraktbrüchige, Geisellager oder Sammelstellen für die jüdische Bevölkerung. Der Leser erfährt u.a., daß Ausländer wie Deutsche wegen Arbeitsverweigerung in Sonderlager und Arbeitserziehungslager eingewiesen werden konnten, in denen sie während des Krieges recht lange Zeit verbringen mußten und wo die Todesrate sehr hoch war. 10 - 12 Millionen Menschen wurden aus den besetzten Ländern Europas zur Zwangsarbeit in über 20.000 "Zivilarbeiterlager" verschleppt. Der Begriff "Zwangsbeiterlager" bleibt dem Arbeitseinsatz italienischer Militärinternierter und Juden vorbehalten. Man erfährt auch, daß Zwangsarbeiter in der Produktion von Geheimwaffen eingesetzt wurden und in KZ untergebracht waren, daß ihre Lebensbedingungen gegen Kriegsende denen der KZ-Häftlinge angepaßt wurden. In diesem ganzen Lagersystem waren etwa 18 Millionen Menschen inhaftiert. Während des Krieges wurden 11 Millionen Menschen durch Arbeit und Lebensbedingungen vernichtet. Auf deutschem Boden befanden sich bei Kriegsende noch 6 Millionen Zwangsarbeiter, zwei Millionen ausländische Kriegsgefangene und 750.000 KZ-Häftlinge.

Der Katalog von 1949 nennt für Bremen zwei Lagerbereiche. 38 Lager sind für Bremen selbst ausgewiesen. Sie erstrecken sich über eine Fläche von 17,5 km Länge und 6,5 km Breite. Sie sind zwischen dem 05.03.1942 und dem 30.03.1945 nachgewiesen. Dazu kamen die KZ-Außenkommandos Schützenhof, Riespott und Osterort, das Zuchthaus Oslebshausen, das Strafgefangenenlager Neuenland, das Gefängnis Osterort und das Untersuchungsgefängnis Bremen-Stadt. Für Bremen-Nord ist ein Lagergebiet von 11 km Länge und 3 km Breite angegeben, darunter der Bunker Valentin mit 5.000 Gefangenen und Lager in Aumund und Vegesack. Aufgeführt ist die Baubrigade II mit 700 Gefangenen als Außenkommando des KZ-Neuengamme (erstmals erwähnt am 13.02.1942, sie wurde 1944 nach Sachsenhausen "verlegt"). Wesentliche Informationsquelle sind Berichte der Vatican-Mission, die Sterberegister des KZ Neuengamme, Gefangenenregister und Standesamt Bremen.

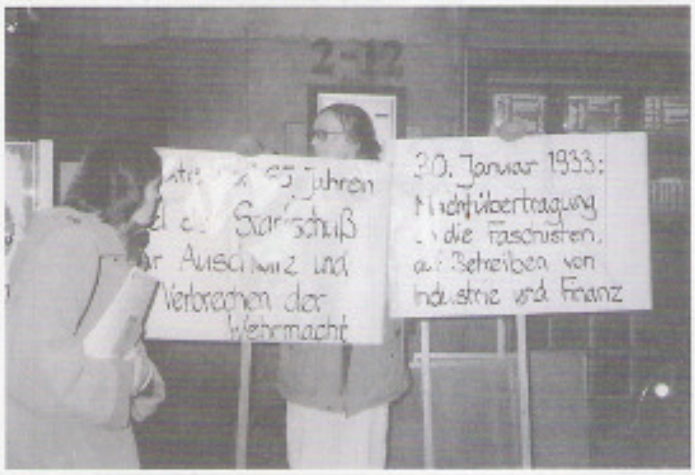
Der Katalog wurde 1949/51 für Behördenzwecke verfaßt. Damals waren in Arolsen noch bis zu 1.300 Angestellte tätig, überwiegend Ausländer, zu einem großen Teil selbst ehemals Verfolgte. 1955 wurde die Verwaltung des Internationalen Suchdienstes dem Deutschen Roten Kreuz übergeben. Zu diesem Zeitpunkt wurden in Arolsen 19 Millionen Dokumente aufbewahrt, die zentrale Personendatei umfaßte 20 Millionen Namen (1983: 34 Millionen Namen). Die Wiedergutmachungsgesetze schoben bald die Last der Beweiserbringung den ehemaligen Verfolgten zu. Die Archive in Arolsen sind für die historische Forschng nicht zugänglich. Trotz umfassender und genauerer Erfassung der Archivbestände wurde bislang noch kein erweiterter "Katalog nationalsozialistischer Lager und Haftstätten in Deutschland und den von Deutschen besetzten Ländern" publiziert.

Raimund

Ökumenisches Haus in Lidice eingeweiht

Am 28.11.98 wurde in Lidice/Tschechien das neu erbaute Haus "Oase" mit einem ökumenischen Gottesdienst eingeweiht. Aus Bremen war eine Gruppe von der Lidice-Initiative mit 16 Teilnehmern angereist. Für Lidice war es offensichtlich ein festliches Ereignis neben so manchen offiziellen Gästen, etwa dem Leiter der Kulturabteilung der deutschen Botschaft in Prag, Dr. Lorenz Barth, war der kleine Saal des neuen Hauses mit Dorfbewohnern gefüllt.

Was hat das mit der Lidice-Initiative zu tun? Die Tätigkeit der Lidice-Initiative war und ist in erster Linie darauf gerichtet, Begegnungen von Menschen aus Tschechien und Deutschland zu nutzen, um beiderseits interessierende politische Fragen zu besprechen und als Antifaschisten auf eine Verbesserung des Verhältnisses unserer benachbarten Völker hinzuwirken.



Der 65. Jahrestag der Machtübergabe Die VVN-BdA 1998 vor der Börse

Das jetzt abgeschlossene Vorhaben, von deutscher Seite ein Haus in Lidice zu bauen, steht auf einem anderen Blatt. Denn daß Bremerinnen und Bremern in Lidice ein so hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wird, kommt nicht daher, daß wir etwa Geschenke mitgebracht oder den Bau eines Hauses versprochen hätten. Die guten Beziehungen gehen eher darauf zurück, daß wir selbst die Verbrechen der faschistischen Vergangenheit angesprochen und uns ihnen gestellt haben. So etwas wie Versöhnung war möglich, vielleicht gerade indem wir mit "leeren Händen" kamen.

Diese Vorgeschichte im Hinterkopf, kam nach 1989 doch die Idee auf, in Lidice ein Gemeinschaftshaus zu bauen, "das den Menschen am Ort dient". Es entstand, von den Kirchen in Deutschland initiiert, im Laufe des Jahres 1998 in Lidice ein stattliches Mehrzweckhaus.

Errichtet wurden Wohnungen für 10 - 12 Senioren, die u. a. von den überlebenden Witwen des Massakesr von 1942 bewohnt werden sollen. Ferner ist in dem Haus eine kleine Sozialstation, eine Bibliothek sowie ein kleiner Saal mit Cafeteria als Treffpunkt und Veranstaltungsort für das Dorf. Angegliedert ist eine ökumenische Kapelle. Die Räumlichkeiten sollen nicht zuletzt den auswärtigen Besuchern zur Verfügung stehen, die jeden Tag in die Gedenkstätte Lidice kommen und bisher wenig Gelegenheit hatten, mit ihren Eindrücken und Empfindungen von Lidice damals und heute umzugehen. Daß mit den alten Frauen im Hause möglicherweise Zeitzeugen ansprechbar sind, kann dazu beitragen, die antifaschistische Tradition Lidice in einer guten Weise weiter zu vermitteln und lebendig zu erhalten. Dafür steht nicht zuletzt die Leiterin des Hauses, Pavla Nespvrová, eine Frau aus einer Lidicer Familie, die zu den Opfern der Naziverbrechen von 1942 gehört.

Inzwischen haben in der "Oase" ein vorweihnachtliches Konzert und eine Weihnachtsfeier stattgefunden. Anfang Januar 1999 sind die ersten Bewohner eingezogen. Es sieht so aus, als ob das ökumenische Haus in seiner vielfaltigen Zweckbestimmung von der Bevölkerung Lidices gern angenommen wird. In seiner Eröffnungsansprache am 28.11. hat der katholische Weihbischof von Prag, Václav Malý, betont, daß das Haus Menschen aller Weltanschauungen offenstehe und kein ideologischer oder kirchlicher Druck ausgeübt werden dürfe.

Ich habe das in meiner Predigt entfaltet und auf das Thema "Frieden" bezogen. Um den 13.06.1999, dem Datum der Feier des Jahrestages von Lidice, ist von der Lidice-Initiative ein Seminar am Ort geplant. Es soll um zeitgemäße, antifaschistische Vermittlung von Geschichte gehen, und die offiziellen Feierlichkeiten zum Jahrestag sollen miterlebt werden können.
Eine weitere Idee kam aus Kreisen der deutschen Botschaft in Prag: Es ist daran gedacht, daß deutsche Jugendliche, evt. gemeinsam mit tschechischen Jugendlichen, Gelegenheit haben, sich einen Tag oder zwei in Lidice aufzuhalten und dabei - wenigstens symbolisch - durch gärtnerische Arbeiten zur Pflege der Grünanlagen der Gedenkstätte beizutragen. "Etwas tun" hat sich bisher in Lidice als sinnvoll erwiesen, sinnvoller jedenfalls, als die Geschichte nur unter touristischem Aspekt wahrzunehmen. Auch hierfür kann das neue Haus Anlaufstelle sein.
Finanziert wurde der Bau in Lidice durch die "Aktion Hoffnung für Osteuropa" des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und weiterer Spenden mit DM 250.000, die Hilfsorganisation "Renovabis" der deutschen katholischen Kirche hat DM 214.000 zur Verfügung gestellt, am Ende hat die Bundesregierung noch den beachtlichen Zuschuß von DM 330.000 gegeben. Schließlich hat der deutsch-tschechische Zukunftsfonds für die Anlaufphase des Betriebs der "Oase" einmalig DM 230.000 bewilligt.

Auf tschechischer Seite haben viele kleinere Spenden und Benefizveranstaltungen geholfen, die erforderlichen Mittel zusammenzubringen.

Ernst Uhl

Atomwaffen und die NATO

Dank an den neuen deutschen Außenminister Fischer! Er hat das Problem NATO und deren Atomwaffenstrategie in die öffentliche Diskussion gebracht. Wir erfahren, daß allein die USA mit 12.000 Nuklearsprengköpfen die Welt atomisieren könnten. In Europa lagert der "Weltpolizist" 150 Atomwaffen, in Deutschland sind es noch immer 60 Sprengköpfe, z.B. in Rammstein bei Kaiserslautern, in Büchel bei Koblenz und in Spangdahlem bei Trier; deutsche Tornadopiloten werden für den (Erst)-Einsatz dieser Todesfracht ausgebildet. Im französischen Zentralmassiv stehen Plutonium-Atomraketen, die jetzt mitten in Deutschland, nämlich in der früheren DDR, explodieren würden. Sind unsere NATO-Politiker also Wahnsinnige, die auf ihre Massenvernichtungsmittel, nicht einmnal auf deren Ersteinsatz verzichten wollen? Die lieber bestehende Verträge, wie die Nichtverbreitungsverträge und das Urteil des Internationalen Gerichtshofes der UNO, mißachten? Der Weser-Kurier berichtete am 09.07.1996, daß nach diesem Urteil die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen völkerrechtswidrig sind.

Ernst Busche

Was nun? Deutsche Bank global die Nr. 1

Während in den letzten Wochen des Jahres 1998 die Trommeln für den Euro gerührt wurden, schrieb die Deutsche Bank ein weiteres Blatt"der Geschichte. Am 30. November 1998 fand in Frankfurt am Main. eine Pressekonferenz statt. Diesem Forum verkündete der Vorsitzende des Vorstandes der Deutsche Bank, Rolf Breuer, den Kauf von "Bankers Trust", der USA-Bank, die den Rang acht innehält.

Aus: Frankfurter Rundschau

"Weltweit jetzt auf dem ersten Platz," jubelten die deutschen Medien. Und als die Experten noch orakelten, was wohl nun die Deutsche Bank unternehmen werde, meldete diese den Kauf einer belgischen Bank.

Damit nicht genug, im Dezember wurde in fast allen Euro-Währungsländern jede Menge "Happen" gekauft. Kurz vor Weihnachten gönnte sich die Deutsche Bank noch ein kleines Schnäppchen: Die britische Tochter der Deutsche Bank, die "Morgan Greenfell Private Equity", hat mit 1,1 Milliarden Mark das Unternehmen "Coral" gekauft. Dieses Unternehmen hat 827 Wettbüros in ganz Großbritannien und zwei Windhundrennbahnen.
Neben der englischen Tochter hat die Deutsche Bank bereits seit den 70er Jahren weltweit über 38 eigenständige Banken. "Nebenbei kooperiert die Deutsche Bank noch mit dem größten japanischen Versicherungsunternehmen. Die Deutsche Bank ist die Nummer Eins der zehn reichsten Banken der Welt, da staunt der Laie.

Aber die Geschichte dieser Bank belegt, daß sie, seit Hermann Joseph Abs 1938 den Vorsitz überhahm, besonders beweglich war, wenn es um die Sicherung des Bestandes ging. Sie war im Rüstungsgeschäft vor und im Zweiten Weltkrieg dabei. Sie mischte bei der Ausbeutung in den besetzten Ländern mit. Sie half bei der Überführung des eroberten Reichtums ins neutrale Ausland mit, als der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.

Sie war im Freundeskreis von SS-Himmler vertreten, war beratend in der Reichsgruppe Industrie (heute BDI) tätig und half Ludwig Erhard die Weichen für die Nachkriegszeit stellen. Eine Kommission der amerikanischen Armee empfahl unmittelbar nach Kriegsschluß die Deutsche Bank wegen Kriegsverbrechen zu verbieten, die Spitze zu verurteilen und leitende Angestellte den Einsatz zu versagen.

Die Deutsche Bank ist nie angeklagt worden. Ja, H. J. Abs wurde in Jgoslawien wegen Kriegsverbrechen zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Abs wurde nie ausgeliefert.

H. J. Abs wurde 1953 Konrad Adenauers Berater. Später leitete Abs die Delegation der Bonner Republik in London. Er erreichte, daß die Bonner erst nach einem Friedensvertrag Kriegsschulden bezahlen brauchen. Da wir bisher noch keinen Friedensvertrag haben, wurde auch noch nichts gezahlt.

In diesem Zusammenhang ist interessant: Nach der Wiedervereinigung hätte die Bonner Republik für die von der DDR geleisteten Reparationszahlungen 650 Milliarden DM an die neuen Bundesländer zahlen müssen.

Willy

Der mdr und die Polen

mdr = mitteldeutscher Rundfunk. Bei der Namensgebung wird wohl eine etwas ältere großdeutsche Landkarte Pate gestanden haben. Die Mitte Deutschlands liegt in etwa bei Kassel und nicht knapp 100 km von der östlichen Grenze Deutschlands. Aber diese Namensgebung hat wohl noch einen etwas anderen Sinn.
Am 07.12.1998 um 22.30 Uhr wurde die Sendung: "Späte Opfer = Deutsche in polnischen Lagern 1945-1950" ausgestrahlt. Ohne Vorlauf in Sachen der deutschen Geschichte kamen Frauen und Männer zu Wort, um über die Untaten der Polen gegenüber der deutschen Minderheit nach 1945 zu sprechen.

Nur am Rande wurde mal eben vermerkt, daß schon vor 1945 in Polen KZ erbaut wurden, aber über deren Insassen wurde nicht gesprochen. Nach 1945, so wurde jetzt berichtet, wurden die Deutschen von den Polen in diese Lager eingesperrt, erschossen, zu Tode gefoltert, vergewaltigt und zu Zwangsarbeit herangezogen. Hier sollen die Taten, die an deutschen Menschen verübt wurden, nicht bezweifelt werden. Solch eine Sendung aber ohne den geschichtlichen Hintergrund auszustrahlen, kann auf die nachgeborenen Generationen nur verheerende Wirkung haben, da die eigene deutsche Geschichte nicht aufgearbeitet wurde.In den Jahren von 1933 bis 1945 gibt es große weiße Flecken in der eigenen Geschichtsaufarbeitung.

Es wird auch heute nicht darüber gesprochen, daß die Polen ein Viertel ihrer gesamten Bevölkerung durch Krieg, KZ, Zwangsarbeit und Rassismus verloren. Auch die faschistischen Aktivitäten eines Teils der deutschen Minderheit vor dem Krieg in Polen wurden nicht beleuchtet, ebensowenig das Auftreten der Deutschen gegenüber den Polen während des Krieges.

Solch eine Sendung auszustrahlen, ohne den geschichtlichen Hintergrund zu beleuchten, kann nur den Neofaschisten nützen. Es ist sehr leicht, mit solchen Sendungen die Völker gegeneinander aufzuhetzen. Das Beispiel Jugoslawien sollte allen zu denken geben, aber ganz besonders dem mdr.

Walter Federmann

Internetseiten des LV Bremen kommen gut an

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Seit Mai 1998 sind wir als Landesverband Bremen unter der Adresse:

http://www.vvn-bda.de/bremen

im Internet mit einer eigenen Homepage (Internetseite) vertreten. Was zunächst als Probelauf gedacht war, soll nun aufgrund der positiven Resonanz zum ständigen Bestandteil öffentlichkeitswirksamer antifaschistischer Arbeit der VVN-BdA Bremen werden.

Zunächst eine kleine Erläuterung für diejenigen KameradInnen, die mit dem Internet noch nicht so vertraut sind.

Aus: Frankfurter Rundschau

Das Internet bietet wahrlich unglaubliche Ressourcen, was politische Öffentlichkeitsarbeit angeht. So kann jede(r), der über einen Internetanschluß verfügt - und das sind weltweit mehrere Millionen (!) - gleich ob hier oder im Ausland, auf unsere Homepage zugreifen und unser Informationsangebot abrufen. Innerhalb kürzester Zeit können die Inhalte der Internetseite aktualisiert werden, was besonders für die Bekanntgabe kurzfristiger Termine von Bedeutung ist. Die Vernetzung mit anderen antifaschistischen Organisationen ist ein weiterer wesentlicher Vorteil dieses Mediums und ist z.T. auch schon realisiert.

Das Angebot unseres Landesverbandes weist seit Monaten die dritthöchsten (neben der Bundesseite und der Verbindungsseite zu anderen antifaschistischen Seiten) Zugriffsraten auf. Dabei finden die Seiten der VVN-BdA auch international großes Interesse. Besonders aktiv sind die USA, gefolgt von Österreich, der Schweiz und Japan. Auch bei der Mitgliederwerbung per Internet sind erste Erfolge zu verbuchen.

Da jedoch das Internet kommerziell betrieben wird, unterliegt es leider auch den dementsprechenden Marktgesetzen, was wir ab dem neuen Jahr auch zu spüren bekommen. Der Preis unserer Internetpräsenz wird sich von ursprünglich 240 DM/Jahr auf 420 DM/Jahr fast verdoppeln. Dadurch haben wir aber auch die Möglichkeit, mehr Inhalte auf unserer Homepage unterzubringen als es bisher der Fall war. Somit können wir die Attraktivität unserer Seiten zusätzlich steigern.

Innerhalb der VVN-BdA sind bisher neben dem Bundesverband mehr als zehn Landes -und Kreisverbände mit einem eigenen Angebot im Internet vertreten und untereinander vernetzt, Tendenz steigend. Je mehr Landes- und Kreisverbände an dieser Sache teilnehmen desto günstiger wird es auch für den einzelnen.

Der bisherige Erfolg dieses Projekts ist Beleg dafür, daß wir mit unserem Internetengagement auf dem richtigen Weg sind und gut daran tun, dieses Medium auch weiterhin für unsere politische Arbeit zu nutzen. Wir möchten euch daher bitten uns finanziell dabei zu unterstützen.

Jens

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit", wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Geb.-Datum _____

Beruf _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Farbkleckse ....

.... gegen linke Hetze. Mit dieser Überschrift war die "Deutsche Stimme", das Blättchen der NPD, wieder einmal so nett, auf uns aufmerksam zu machen. Ein unbekannter Autor hat unsere Pressemitteilung vom Farbbeutelanschlag auf unser Büro zum Anlaß genommen einige unschöne Worte über die VVN-BdA zu äußern. So werden wir in dem Artikel eine "linksextremistische Organisation" genannt.
Der Schreiberling liest anscheinend zuviel in den Pressemitteilungen des Verfassungsschutzes. Dann teilt der werte Mann der Leserschaft mit: "Die 1947 gegründete VVN-BdA ist dafür bekannt, nationale Menschen in bösartiger Weise zu verunglimpfen." Wenigstens hat er das Gründungsjahr richtig abgeschrieben, es ist schon eine Leistung. Der Fehler, daß die VVN erst ab 1971 VVN-BdA heißt, sei ihm sogar noch verziehen. Geschichtskenntnisse waren ja noch nie die Stärke des rechten Mobs. Dann betitelt uns die Knallschote auch noch als "Antideutsche". So bin ich noch nie genannt worden. Aber wenn er das meint, soll er. Wenn es aus solch einer Feder kommt, kann ich sehr gut damit leben. Mit seiner letzten Feststellung, die heutige VVN-BdA sei überaltert, irrt er allerdings gewaltig.
Es ist immer wieder schön zu lesen, daß wir dem "nationalen Spektrum der Hansestadt" ordentlich auf die braunen Latschen treten.

Gerold (AG Neofaschismus)

Unsere finanzielle Grundlage

Neben unseren organisationspolitischen Aufgaben kommt der Öffentlichkeitsarbeit große Bedeutung zu. Unser monatliches Mitteilungsblatt "Der Bremer Antifaschist" (BAF) leistet hierbei eine hervorragende Arbeit.

Immer häufiger erhalten wir anerkennende Zuschriften und Worte von unseren Mitgliedern und insbesondere auch von Sympathisanten. Es werden auch mal kritische Bemerkungen bekannt, unsere ehrenamtliche BAF-Redaktion versucht diese positiv zu verarbeiten. Für die Herausgabe des BAF und die Unterhaltung unseres kleinen Büros fallen nicht unerhebliche Kosten an, die durch unser jetziges Beitragsaufkommen allein nicht abgedeckt werden! Nur durch mehrfache Spenden von Mitgliedern und besonders von Sympathisanten konnten wir bisher unseren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Wir möchten allen Spendern recht herzlich danken und würden uns freuen, weiterhin auch in dieser Hinsicht bedacht zu werden. Einen weiteren Dank möchten wir auch allen Mitgliedern sagen, die kontinuierlich ihren Beitrag entrichten. Im September/Oktober-BAF haben wir die neue ab 1999 geltende Beitragsordnung vorgestellt und bitten erneut zu prüfen, ob es nicht dem einen oder anderen möglich ist, den Mitgliedsbeitrag anzuheben.

Zur Durchführung unserer erfolgreichen antifaschistischen Aufgaben ist es wichtig, daß wir eine stabile finanzielle Grundlage haben.

Friedel, Landeskassierer

Offener Brief an Borttscheller

Sehr geehrter Herr Senator,

im "Weser-Report" vom 10.01.1999 haben Sie Stellung bezogen zur geplanten Veränderung des Staatsbürgerrechts. Sie sagten dazu, daß *"der Erwerb der Staatsbürgerschaft mit Geburt (...) für bevölkerungsarme Einwanderungsländer geeignet (sei), nicht aber im dichtbesiedelten Herzen Europas."*
Diese Aussage erinnert fatal an die These vom "Volk ohne Raum", die, wie bekannt zum Zweiten Weltkrieg führte. Menschen, die hier geboren wurden oder die sehr lange Zeit hier ansässig sind, werden damit Rechte vorenthalten, wie das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Ausbildung, das Recht auf freie Aufenthaltswahl, das Recht auf Teilhabe an Entscheidungen, die sie persönlich betreffen.
Es ist ein demagogisches Argument aus der völkischen Klamottenkiste, Menschen wegen ihrer Andersartigkeit die rechtliche Gleichstellung zu verweigern.
Wir erinnern daran, daß 1933 politische Gegner des Nationalsozialismus wegen andersartiger politischer Vorstellung ausgebürgert wurden, daß 1938 jüdische Mitbürger über die Grenze nach Polen abgeschoben wurden, daß während des Zweiten Weltkriegs Menschen zwangseingebürgert wurden, im "deutschen" Interesse. Nicht zuletzt deshalb verbietet das Grundgesetz die Ausbürgerung, fordert das Grundgesetz den Schutz vor politischer Verfolgung.
Sehr geehrter Herr Senator, haben Sie den Mut, auf die von Ihren Parteifreunden initiierte Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu verzichten, wie es bereits in Oldenburg geschieht!
Folgen Sie dem Beispiel von Ole von Beust in Hamburg! Ein Beharren auf diesem Volksbegehren stört den Rechtsfrieden in unserem Lande!
Mit dieser Art Populismus zu Beginn des Wahlmarathons 1999 handeln Sie sich einen rechtsradikalen Schatten ein, den Sie nicht mehr los werden.

Der Landesvorstand

Perschau für öffentliches Gelöbnis

Bürgermeister Hartmut Perschau geht davon aus: "daß auch in Bremen bald unser Koalitionspartner einem feierlichen Gelöbnis in Bremen, am besten auf einem öffentlichen Platz, zustimmen wird."

Aus Perschaus Rede spricht der unselige Geist von Adenauer und Strauß, die einst die Remilitarisierung der Bundesrepublik durchsetzten und dann auch noch die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen forderten. Aus Perschaus Rede spricht der Großmachtsanspruch der Scharfmacher in CDU/CSU und der Generalität, die Bundeswehr überall in der Welt einsetzen zu können, wo immer das Interesse des deutschen Großkapitals erforderlich erscheint. Unter Rühe begann es ja bereits - siehe Somalia, Balkan und Irak.

So ist auch nicht verwunderlich, daß Herr Perschau die Forderung nach einem Verzicht auf die Strategie des atomarer Erstschlags mit der demagogischen Behauptung diffamiert, damit würden konventionelle Kriege in Europa und der atlantischen Region wahrscheinlicher.

Herbert

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/8112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18.00 - 20.30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage Februar 1999

Johanna Elmers 17.02., 81 J.
Ernst Busche 20.02., 67 J.
Waltraut Metz 23.02., 73 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand